

**Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1773 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 24. August 2007 (Drucksachen 16/6278, 16/6330)
12. September 2007**

Birgit Homburger

- (A) (Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Norman Paech [DIE LINKE] – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Arme FDP, Herr Westerwelle! – Gegenruf des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Hat Ihnen jemand etwas in den Nachmittagstee getan, oder was ist los?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 20. September des letzten Jahres hat der Deutsche Bundestag dem Einsatz der Bundeswehr vor der Küste des Libanon im Rahmen des UNIFIL-Mandates zugestimmt. Dem sind kritische Diskussionen vorausgegangen. Dies war – ich denke, das hat jeder ein Stück so empfunden – eine historische Entscheidung. Wenn man nach einem Jahr Bilanz zieht, kann man sagen, dass dies eine richtige Entscheidung war. Der Einsatz, den die Bundeswehr vor der Küste des Libanon zur Gewährleistung und Durchsetzung des Waffenstillstands geleistet hat, war erfolgreich. Deshalb ist es sinnvoll, heute der Verlängerung des Mandats zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Es wurde das Verhältnis zu Israel angesprochen. Ich will daran erinnern, dass der Staat Israel diesen Einsatz sehr begrüßt. Im Übrigen empfinde ich es als sehr positiv – auch aus historischer Perspektive –, dass 73 Prozent der Bevölkerung Israels den Einsatz der Bundeswehr dort gewünscht haben. Das zeigt meines Erachtens, welches Vertrauen die Bundeswehr sich dort zwischenzeitlich erobert hat.

Ich habe vor allem an die FDP-Fraktion, die ihre Argumente gerade vorgetragen hat, die herzliche Bitte, ihre Position noch einmal zu überdenken. Denn eines ist wahr – dabei ist es zutreffend, dass die Streitkräfte nicht diejenigen sind, die eine politische Lösung herbeiführen –: Wenn die Waffen nicht schweigen, gibt es keine Chance, eine politische Lösung herbeizuführen. Deshalb ist es im Hinblick auf die Gewährleistung des Waffenstillstandes, im Hinblick auf die Souveränität des Libanon und im Hinblick auf die Möglichkeit einer politischen Lösung sinnvoll, dass der UNIFIL-Einsatz fortgesetzt wird, um Seesicherheit herzustellen und einen Waffenstillstand auch in Zukunft zu gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Unsere Erfolge sind erstens die nachhaltige Absicherung der Waffenruhe, zweitens die Aufhebung der israelischen Seeblockade, drittens die Unterbindung von Waffenschmuggel über See und damit viertens die Herstellung von Seesicherheit. Wir haben 9 200 Schiffe abgefragt. Durch die libanesischen Kräfte sind 36 Schiffe

untersucht worden. Die Zusammenarbeit mit dem Libanon ist hervorragend. Ich kann mich noch erinnern, welche Bedenken damals vorgetragen worden sind. Die Zusammenarbeit auch und gerade mit den libanesischen Kräften funktioniert, wie ich finde, in einer hervorragenden Art und Weise. Auch die Ausbildung, die von unserer Seite gewährleistet wird, ist auf einem sehr guten Weg, sodass man von einer Stabilisierung der Region und damit einer Stärkung der Souveränität des Libanon sprechen kann.

Wir leisten mit unserem Einsatz auch einen aktiven Beitrag für den politischen Friedensprozess. Denn letztlich muss dieser Prozess, der durch die Frage nach der Qualität und anderem eingeleitet worden ist, abgesichert werden, damit auch in Zukunft die Waffen schweigen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat Ende August beschlossen, das Mandat um ein Jahr zu verlängern. Wir haben ebenfalls vor, es um ein Jahr zu verlängern. Es ist zutreffend: Wir haben die Führung der **Maritime Task Force**, die hier sehr erfolgreich operiert. Es waren die Vereinten Nationen, die an uns die Bitte gerichtet haben, die Führung der Maritime Task Force bis zum 29. Februar des nächsten Jahres zu übernehmen. Wir haben eindeutig signalisiert, dass wir diesen Beitrag leisten wollen.

Wir wollen aber auch unsere Unterstützung bei der Ausbildung und Ausrüstung der libanesischen Kräfte fortsetzen. Sie wissen, wir haben hier geholfen, indem wir zwei Polizeiboote, Küstenradar und zur Grenzsicherung beispielsweise Durchleuchtungstechnik bereitgestellt haben. Im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau ist eine Unterstützung in Höhe von 105 Millionen Euro geleistet worden.

Das heißt, die Bundesrepublik Deutschland hat in verschiedenster Art und Weise zur Stärkung der Souveränität des Libanon beigetragen. Davon konnte sich das Parlament letzte Woche überzeugen, als Ministerpräsident Siniora deutlich seinen Dank für die Unterstützung, die geleistet wird, aber auch seine Bitte zum Ausdruck gebracht hat, in Zukunft entsprechende Unterstützung, zum Beispiel bei der Ausbildung, zu gewähren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, an der Maritime Task Force sind vier Nationen beteiligt: Deutschland, Griechenland, die Niederlande und die Türkei. Wir haben signalisiert, dass wir den Umfang unseres Beitrags aus unserer Sicht reduzieren könnten. Darüber wird die Truppenstellerkonferenz entscheiden; denn das ist Aufgabe der Vereinten Nationen.

Frau Homburger, ich kann Sie beruhigen: Auch in Zukunft wird eine solche Einsatztruppe dort sein, die die Sicherheit voll und ganz gewährleistet und keine Lücken zulässt; denn sonst hätten wir unseren Auftrag nicht erfüllt. Das wird in Abstimmung mit den Vereinten Nationen geschehen. Wir können die Obergrenze des im Rahmen des Gesamtmandats bereitgestellten Personals, die auf 2 400 Soldatinnen und Soldaten ausgerichtet war,

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) auf 1 400 Soldatinnen und Soldaten reduzieren. Auch dann können wir unseren Auftrag weiterhin erfüllen.

Ich bitte das Parlament um Zustimmung zur Fortsetzung dieses Mandats. Denn damit leisten wir einen Beitrag zur Stabilität und friedlichen Entwicklung im Nahen Osten. Ich denke, dass unsere Soldatinnen und Soldaten für den Beitrag, den sie zur Sicherung von Stabilität und Frieden im Nahen Osten leisten, erstens unseren Dank und zweitens unsere politische Unterstützung verdient haben.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Norman Paech für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Abgeordneten der Regierungsfractionen ist der deutsche Beitrag zum UNIFIL-Mandat, also zum Militäreinsatz, offenbar ein Erfolg. Das kann man so sehen, wenn man sich darauf beschränkt, festzustellen, dass es offensichtlich keinen Waffenschmuggel von der See aus gegeben hat und dass bisher zum Glück auch keine Toten zu beklagen sind.

- (B) (Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Das ist doch schon mal etwas!)

Doch wenn man genauer hinsieht, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Sache etwas anders aussieht.

Wir haben dieses Mandat vor einem Jahr aus zwei Gründen abgelehnt:

Erstens. Unsere furchtbare Geschichte und unsere daraus erwachsende Verantwortung verpflichten uns zwar, die Existenz Israels zu garantieren und zu sichern. Gleichzeitig verbieten sie es uns aber, in dieser Region militärisch aufzutreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Ansicht sind wir heute noch.

Zweitens. Wir haben die mangelnde Neutralität des Mandats kritisiert: Es wird zwar versucht, die Waffenlieferungen in den Libanon zu unterbinden, aber gleichzeitig werden die ungehemmten Waffenlieferungen an Israel ignoriert. Das kritisieren wir heute noch.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nun kommt ein dritter Punkt hinzu, den wir schon damals vorhergesagt haben: Der Marineeinsatz ist vollkommen überflüssig und nutzlos. Er ist schlichtweg fehl am Platz; so lautet, wie Sie wissen, auch das Urteil der Stiftung Wissenschaft und Politik. Dieser Einsatz ist reine Symbolpolitik.

(C) Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg sind wir im östlichen Mittelmeer militärisch präsent. Wofür eigentlich? Die **Waffenlieferungen** – das haben Sie selbst eingeräumt – kommen über das Land und nicht über die See. Sie haben inzwischen ein solches Ausmaß angenommen, dass sich die Führung der Hisbollah heute rühmen kann, die gleiche militärische Qualität und Schlagkraft erreicht zu haben wie vor dem Krieg.

Werten Sie es ruhig als Erfolg, dass bisher nichts passiert ist. Sollte es aber einmal zu einer Konfrontation mit israelischen Soldaten kommen – Frau Homburger hat darauf angespielt –, so sind unsere jungen Soldaten völlig damit überfordert, diese schwierige Situation, die auch bei uns sehr viele Zweifel und Unsicherheiten hervorgerufen hat, zu meistern. Wir haben nicht das Recht, sie in eine solche Situation zu bringen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Derzeit herrscht an der Nordgrenze Israels eine trügerische Ruhe, die jederzeit in eine neue militärische Konfrontation umschlagen kann. Ich erinnere nur an die Probleme im Hinblick auf die Scheba-Farmen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Paech, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Müller?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Gerne.

(D) **Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Paech, da eines Ihrer Gegenargumente darin begründet ist, dass Sie angeblich israelische Interessen vertreten wollen – Sie sagten, dass sich dieses Mandat nicht mit unserem Verhältnis zu Israel verträgt –, frage ich Sie: Wie verträgt sich dieses Argument damit, dass eine große Mehrheit der israelischen Bevölkerung und vor allen Dingen führende Politiker Israels begrüßen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland – und zwar gerade die Bundesrepublik Deutschland – in Anbetracht ihrer Geschichte und ihrer Verantwortung für diesen Konflikt am UNIFIL-Einsatz beteiligt? Ist Ihnen das überhaupt bekannt?

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Frau Müller, das ist mir durchaus bekannt. Aber kann das nicht genau an dem liegen, was wir kritisieren? Kann es nicht daran liegen, dass das Engagement der Bundesrepublik sehr einseitig, nur zugunsten Israels, ist? Es gibt zum Beispiel keine Stationierung von Truppen in Israel so wie im Libanon, was sich letztlich auf die libanesische Grenze auswirkt. Kann es sein, dass man diese Einseitigkeit durchaus begrüßt und es ablehnt, dass ein neutrales Mandat wahrgenommen wird? Das ist offensichtlich der Hintergrund.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])